

Aus der Sitzung des Verbandsgemeinderates vom 8. Oktober 2020

Bürgermeister Fred Jüngerich begrüßte alle Anwesenden zur Sitzung des Verbandsgemeinderates.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte der Vorsitzende an das im September verstorbene Ratsmitglied Hella Becker. Er hob ihre vielfältigen ehrenamtlichen Aufgaben hervor und würdigte ihr Engagement, vor allem in der Kommunalpolitik. Anschließend gedachten alle Anwesenden in einer Schweigeminute der Verstorbenen.

Danach verabschiedete Bürgermeister Jüngerich offiziell das durch Wegzug aus der Verbandsgemeinde ausgeschiedene, anwesende Ratsmitglied Josef Zolk. Zolk war 15 Jahre Bürgermeister der früheren Verbandsgemeinde Flammersfeld. 2019 wurde er in den neuen Verbandsgemeinderat gewählt. „Josef Zolk hat bei seiner Arbeit stets größten Einsatz gezeigt und die Region vorangetrieben. Seine Aktivitäten rund um „Raiffeisen“ waren nachhaltig und prägend für die Region des Westerwaldes.“, dankte ihm Jüngerich.

Anschließend verpflichtete Fred Jüngerich das neue Ratsmitglied Ellen Creutzburg (SPD, Nachrückerin für den durch Mandatsniederlegung ausgeschiedenen Kai Baumann) per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten.

Danach erfolgten hierdurch notwendige Ergänzungswahlen zu verschiedenen Ausschüssen.

In TOP 4 behandelte der Rat den Neubau der Kindertagesstätte Güllesheim. Die Entscheidung zum Neubau fiel bereits vor vier Jahren im alten Verbandsgemeinderat Flammersfeld. Aufgrund der damals sowie heute feststehenden Kinderzahlen ist der Neubau einer zweigruppigen Einrichtung mit optionaler Erweiterung auf Dreigruppigkeit notwendig. Die erste Planung durch das Architekturbüro Pelz in Koblenz wurde nach Anregung des Kreisjugendamtes und des Landesjugendamtes nochmals überdacht. Die modifizierte Planung sieht in Einzelbereichen der künftigen Kindertagesstätte ein vergrößertes Raumkonzept vor. Ebenfalls ist eine Preissteigerung im Hochbaugewerbe bis Mai 2021 berücksichtigt. Schlussendlich ergibt sich nun eine Investitionssumme für den Neubau der Kindertagesstätte in Güllesheim von 2.645.000 Euro.

Die Verwaltung wurde vom Rat beauftragt, eine notwendige Nachtragsbaugenehmigung einzuholen und die Kreis- und Landeszuwendungen (Zuwendung durch den Landkreis 250.000 Euro, Zuwendung durch das Land 300.000 Euro) für den Bau der Kindertagesstätte zu beantragen.

Im nächsten Tagesordnungspunkt beschloss der Rat die Änderung der Hauptsatzung. Rückwirkend zum 1.1.2020 sollen Feuerwehrangehörige sowohl bei kostenersatzpflichtigen als auch bei nichtkostenersatzpflichtigen Einsätzen eine Aufwandsentschädigung von 6,00 € je Einsatzstunde erhalten. Diese Regelung gab es bereits in der früheren Verbandsgemeinde Flammersfeld; in der früheren Verbandsgemeinde Altenkirchen wurde diese Regelung zum 1.1.2018 eingeführt, jedoch unterblieb bislang die Änderung der Hauptsatzung. Dieser formale Akt wurde nunmehr nachgeholt.

In Tagesordnungspunkt 6 erließ der Verbandsgemeinderat eine Satzung über den Ersatz von Verdienstaufschlag für selbstständige ehrenamtliche Feuerwehrangehörige in der Verbandsgemeinde Altenkirchen-Flammersfeld. Nach dieser Satzung erhalten selbstständig tätige Feuerwehrangehörige bei Einsätzen und Fortbildungen eine Entschädigung von 40,00 € je angefangene Einsatzstunde.

Frank Bettgenhäuser, Fraktionssprecher der SPD, ergriff das Wort und dankte an dieser Stelle, stellvertretend für alle Ratsmitglieder, allen Feuerwehrkameradinnen und -kameraden für ihre unermüdlige Bereitschaft, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu agieren. Dabei seien nicht nur die eigentlichen Einsätze maßgebend, sondern auch die Übungen, Seminare, Fahrzeug- und Hallenwartung. All dies verdiene höchste Anerkennung.

In TOP 7 beriet der Verbandsgemeinderat über die Änderung des Gesellschaftervertrages der Kommunalen Klärschlammverwertung Region Altenkirchen GmbH (KKV). Am 5.3.2020 erfolgte die Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung zur unmittelbaren Beteiligung der Verbandsgemeinden Hachenburg und Selters sowie der Gemeinde Windeck an der KKV. Die Änderung des Gesellschaftervertrages erfolgt in Kürze durch die Gesellschafterversammlung der KKV GmbH. Der Rat stimmte einstimmig der vorgesehenen Änderung des Gesellschaftervertrages zu.

In TOP 8 stimmten die Ratsmitglieder der Annahme einer Zuwendung der Deutschen Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Gesellschaft e.V. von 2.500,00 € als Spende für das Raiffeisenhaus Flammersfeld zu.

Unter dem TOP „Verschiedenes“ gab Bürgermeister Fred Jüngerich folgende Informationen:

- Bei der Veranstaltung „Sternenzelt“, welche vom Kultur-/Jugendkulturbüro Haus Felsenkeller e.V. als Ersatzveranstaltung für das abgesagte „Spiegelzelt“ initiiert wurde, gewährte die Verbandsgemeinde als Träger der Kulturarbeit einen Zuschuss von 1.250,00 €.
- Zu dem aufgrund der Corona-Pandemie befürchteten Gewerbesteuer einbruch teilte Bürgermeister Jüngerich mit, dass zwar eine Anzahl von Ortsgemeinden Mindereinnahmen hinzunehmen habe, jedoch bei Betrachtung aller Ortsgemeinden keine negative Abweichung zwischen Planansatz und derzeitiger Ist-Einnahme für das Haushaltsjahr 2020 zu erkennen sei. Dies begründe sich unter anderem in den restriktiven sowie vorsichtigen Schätzungen der Ortsgemeindehaushalte. Die Feststellung lässt hoffen, dass die Verbandsgemeindeumlage für das Jahr 2021 auf bisherigem Niveau (44,5 %) beibehalten werden kann. „Die Entwicklung für die Folgejahre bleibt jedoch abzuwarten.“, so Bürgermeister Jüngerich.
- Die Verbandsgemeinde hält seit Fusionsbeginn zwei Standorte des Standesamts vor. Da das Standesamtsregister in Flammersfeld geführt wird und eine permanente Aufrechterhaltung in Altenkirchen sich als nicht praktikabel erwiesen hat, wurden für das Standesamt Altenkirchen neue Servicezeiten festgelegt:

Montag	14:00 Uhr bis 16:00 Uhr
Donnerstag	8:00 Uhr bis 12:00 Uhr und 14:00 Uhr bis 18:00
Freitag	8:00 Uhr bis 12:00 Uhr
- Zum Ende der Sitzung meldete sich Ratsmitglied Walter Wentzien zu der Frage „Bundes- und Landesförderung des Hallenbads“ zu Wort. Er bat eindringlich darum, dass alle Beteiligten sich dafür einsetzen mögen, dass die Verbandsgemeinde die ihr in Aussicht gestellte Bundesförderung von 2,5 Mio. Euro zusätzlich zur Förderung des Landes von 3,75 Mio. Euro annehmen dürfe. Es folgte eine rege Diskussion unter den Ratsmitgliedern. Die Ratsmitglieder Jürgen Kugelmeier, Joachim Osterkamp, Thomas Seger, Horst Klein, Heijo Höfer und Beigeordneter Rainer Dungen trugen ihre zum Teil kontroversen Sichtweisen zu der Thematik vor. Sodann gab Bürgermeister Jüngerich einen kurzen Überblick über die finanzausgleichsrechtliche Systematik des Landes Rheinland-Pfalz zu seinen Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden. Er verdeutlichte, dass das in dem Zusammenhang zitierte „Verbot der Doppelförderung“ rein rechtlich lediglich die Landesebene im Innenverhältnis betreffe, nicht jedoch im Kontext des förderrechtlichen Verhältnisses „Land - Bund“ zu sehen sei. Schlussendlich sei aber die Diskussion mit dem Innenministerium des Landes an dieser Stelle erschöpft. „Wir werden den Neubau des Hallenbads mit den Fördermitteln des Landes sowie mit Eigen- und Kreditmitteln wie geplant realisieren können.“, so der Bürgermeister.